

Bundesamt für Energie  
Sektion NE  
3003 Bern



Liestal, 12. März 2015

### **Stellungnahme EBL zur Vernehmlassung Strategie Stromnetze**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Leuthard  
Sehr geehrter Herr Dr. Steinmann  
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir zu den vom Bundesrat veröffentlichten Unterlagen zur Vernehmlassung der Strategie Stromnetze Stellung und bedanken uns herzlich für die Möglichkeit hierzu.

Die EBL unterstützt mehrheitlich die Kernpunkte der Strategie Stromnetze:

1. Vorgaben für die Bedarfsermittlung des Aus- und Umbaus der Schweizer Stromnetz
2. Optimierung Bewilligungsverfahren für Leitungsprojekte
3. Kriterien und Vorgaben für Entscheidungsfindung „Kabel oder Freileitung“
4. Verbesserung der Akzeptanz und Transparenz von Leitungsprojekten

sowie die dazu vorgeschlagenen gesetzlichen Anpassungen.

Wir sind der Meinung, dass diese Vorhaben grundsätzlich zu einer gezielten und zeitgerechten Netzentwicklung beitragen können, welche schliesslich den Ziele der Energiestrategie dienen und die Stromversorgungssicherheit gewährleisten.

Obwohl die EBL die bundesweite Strategie der Stromnetze bzw. Umsetzungsmassnahmen begrüsst, sind sie jedoch nur dann wirksam, wenn sie einfach, klar, verbindlich und effizient sind. Sonst sehen wir Gefahr, dass es ggf. zu Mehraufwänden und Verzögerungen kommt.

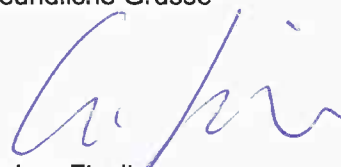
Insbesondere bei den Themen „Vorgaben für die Bedarfsermittlung des Aus- und Umbaus der Schweizer Stromnetze“ und „Verbesserung der Akzeptanz und Leitungsprojekte“ ist zwar die Stossrichtung klar, die Ausgestaltung der Massnahmen aus unserer Sicht jedoch noch ungenügend beschrieben. Wir möchten nachfolgend aufzeigen, welche Punkte aus Sicht der EBL besonders hervorzuheben bzw. noch zu überprüfen sind:

Thema	Verweis	Bemerkungen
N-O-V-A-Prinzip	Art. 9d Abs. 2 StromVG	Zielführend. Prinzip in Ordnung so lange wirtschaftlich und zeitlich umsetzbar. Es sollte klar sein, wie Netzoptimierung/Verstärkung/Ausbau definiert sind.
Einbezug der Akteure	Art. 9e Abs. 2 StromVG	Nicht zielführend. Die (technische) Planung ist aus unserer Sicht Sache der Verteilnetzbetreiber (VNB). Ein angemessener Einbezug bei (Gross-)Projekten, wie es ihn bereits heute gibt, ist zielführend. Eine Institutionalisierung des Einbezugs, insbesondere auf die unteren Netzebenen, mit aus unserer Sicht unklarer Rollenverteilung (Kompetenzen) der Akteure und ein nicht eindeutiges Vorgehen führen zu Zeitverzögerungen und Mehrkosten der mehreren hundert EBL-Projekten pro Jahr.
Prüfung ElCom Mehrjahrespläne	Art. 22 Abs. 2bis StromVG	Zielführend. Grundsätzlich einverstanden, jedoch unter der Voraussetzung, dass: a) Die Effizienz (langfristige Grundausslegung der Planung) und b) die Flexibilität gewährleistet sind (kurzfristige Änderungen sollten möglich sein) c) die Beurteilung auf mehreren eindeutigen Kriterien beruht d) die Rollen der ElCom und die der ESTI hinsichtlich „Bewilligungen“ geklärt sind. Wir sind der Meinung, dass die unternehmerische Freiheit bzw. (kurzfristige) Planbarkeit der VNB nicht beeinträchtigt werden sollten.
Massnahmen auf unteren Netzebenen anordnen	Art. 15b Abs. 2 EleG	Nicht zielführend. Der Rahmen, wie dies umzusetzen ist, ist unklar. Es sollte vermieden werden, dass Aufgaben des Übertragungsnetzbetreibers (ÜNB) auf die VNB verschoben werden. Aus unserer Sicht kann die ÜNB (nur) die Koordination der gemeinsamen Planung übernehmen.
Öffentlichkeitsarbeit	Art. 9f StromVG	Nicht zielführend. Es ist unklar, wie weit die Kompetenz geht und was die Folgen für die Umsetzung(-sdauer) bzw. die Aufwände – für alle Beteiligten – sind. Aus unserer Sicht ist die (technische) Planung ausschliesslich Sache des Verteilnetzbetreibers.
Geodaten	Art. 26a EleG	(noch) nicht zielführend. Grundsätzlich zielführend jedoch sind (zu) viele Fragen noch offen (insbesondere der Umgang mit strategischen Daten In Bezug auf die öffentliche Sicherheit).

Die vollständige Rückmeldung der EBL können Sie dem beiliegenden, ausgefüllten Fragebogen entnehmen.

Wir hoffen, Ihnen mit unserer Stellungnahme dienen zu können und danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Bei Fragen stehen wir sehr gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Andrea Zinsli  
Mitglied der Geschäftsleitung



Tobias Andrist  
Mitglied der Geschäftsleitung

Beilage: Fragebogen

# Strategie Stromnetze

## Vernehmlassungsvorlage

### Fragenkatalog

Antwortende Organisation:

EBL (Genossenschaft Elektra Baselland)

#### Inhalt

Szenariorahmen.....	2
Bedarfsermittlung.....	2
Nationales Interesse .....	5
Räumliche Koordination .....	5
Bewilligung Projekte .....	6
Überprüfung Kosteneffizienz.....	8
Öffentlichkeitsarbeit.....	9
Geodaten .....	9

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

## Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

*Art. 9a Abs. 1 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

*Art. 9a Abs. 4 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

*Art. 9a Abs. 4 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

## Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

*Art. 9d Abs. 2 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: So lange technisch, wirtschaftlich und zeitlich umsetzbar. Es sollte klar sein, wie Netzoptimierung/Verstärkung/Ausbau definiert sind.

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

*Art. 9c StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: So lange es klare und verbindliche Richtlinien sowie einen Kostenteiler zwischen VNB und Erzeuger gibt, welche die Verursachergerechtigkeit genügend berücksichtigt.

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

*Art. 9e Abs. 2 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die (technische) Planung ist aus unserer Sicht Sache der VNB. Ein angemessener Einbezug bei (Gross-)Projekten, wie es ihn bereits heute gibt, ist zielführend. Eine Institutionalisierung des Einbezugs, insbesondere auf die unteren Netzebenen, mit aus unserer Sicht unklarer Rollenverteilung (Kompetenzen) der Akteure und ein nicht eindeutiges Vorgehen führt zu Zeitverzögerungen und Mehrkosten.

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

*Art. 9b Abs. 1 StromVG*

*Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

*Art. 9b Abs. 1 StromVG*

*Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Ausschliesslich NE1 bis NE3

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?  
*Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.*  
*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*  
*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Einverstanden, unter der Voraussetzung, dass:

- a) die langfristige Effizienz (sowohl Kapital- als auch Betriebskostenanalyse) sowie
- b) die Abhängigkeiten von Projekten genügend berücksichtigt werden (auch im Zusammenhang mit Punkt a);
- c) kurzfristige Änderungen (z.B. neue Kraftwerke oder Grosskunden mit Anschlusspflicht für VNB) möglich sind;
- d) mehrere Szenarien berücksichtigt werden können;
- e) die Beurteilung auf mehreren eindeutigen Kriterien beruht (Kosten, Versorgungssicherheit, Umsetzbarkeit, Kundenaspekte)
- f) die Rollen der ElCom und die der ESTI hinsichtlich „Bewilligungen“ geklärt sind. Wir sind der Meinung, dass die unternehmerische Freiheit bzw. (kurzfristige) Planbarkeit der VNB nicht beeinträchtigt werden sollten.

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?  
*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*  
*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Dies ist aus unserer Sicht unbedingt notwendig, da es Planungssicherheit braucht. Kurzfristige Angelegenheiten bzw. Änderungen sollten z.B. innert Monatsfrist bewilligt werden.

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Es muss sichergestellt werden, dass in der Periode ab Szenarienrahmen BFE und Rückmeldung ElCom (max. 18 Monate) Investitionen getätigt werden können. Es sollten genügend unternehmerische Freiheit und Flexibilität, um rechtzeitig auf Änderungen eingehen zu können, bestehen bleiben. Deshalb wäre eine kürzere Frist sogar wünschenswerter.

## Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

*Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

## Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

*Art. 15e EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VPeA)

Art. 15e – 15 j EleG

Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1

☐ notwendig ☐ nicht notwendig ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

## Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

*Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.*

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

Art. 18b EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:



17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

*Art. 17a EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

*Art. 15b Abs. 2 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Der Rahmen, wie dies umzusetzen ist, ist unklar. Es sollte vermieden werden, dass Aufgaben des ÜNB auf die VNB verschoben werden. Aus unserer Sicht kann die ÜNB (nur) die Koordination der gemeinsamen Planung übernehmen.

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt ?

*Art. 15c EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Berechnungsmethode (LCC Modell etc.) ist klarzustellen und der betriebliche Aufwand für die Beteiligten auf das Notwendige zu beschränken.

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

*Art. 15c Abs. 2 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Regionalitäten sollen berücksichtigt werden.

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

*Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Grundsätzlich einverstanden. Weitere Kriterien (Versorgungssicherheit, Anweisungen Kanton oder Gemeinde, Kundenaspekte, Planaspekte, Umweltauflagen) sind allenfalls auch zu berücksichtigen.

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?

(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☐ Ja   ☐ Nein   ☒ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

## Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

*Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

*Art. 15 Abs. 3 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)*

☒ zielführend   ☐ nicht zielführend   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

## Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

*Art. 9f StromVG*

*Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)*

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Es ist unklar, wie weit die Kompetenz geht und was die Folgen für die Umsetzung(-sdauer) bzw. die Aufwände – für alle Beteiligten – sind. Aus unserer Sicht ist die (technische) Planung ausschliesslich Sache des Verteilnetzbetreibers.

## Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

*Art. 26a EleG*

*Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Grundsätzlich zielführend jedoch sind viele Fragen noch offen:

- Wie wird mit sicherheitsrelevanten Daten, die der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden, umgegangen (z.B. Sabotage)?
- Umfang (Vollständigkeitsgrad, Aktualisierungsfrequenz, IST- vs. Plansituation, Schnittstellen) und Haftung?